

Atommüll-Lagerung: SP verlangt demokratische Prozesse

Im laufenden Prozess zur Atommüllentsorgung hat die SP im Rahmen einer Anhörung zu behördlichen Stellungnahmen ihre sehr kritische Haltung verstärkt. Das Vorgehen in diesem Sachplanverfahren dient einzig der besseren Akzeptanz der Nagra-Strategie. Sicherheitsrelevante Fragen bleiben unbeantwortet und der Umgang der Behörden mit der Kritik von Fachleuten lässt das Vertrauen in den Prozess schwinden.

Die eingesetzte Regionalkonferenz mit rund hundert Personen aus Politik, Wirtschaft und Bevölkerung wird unnötig unter enormen Zeitdruck gesetzt. In kurzer Zeit ein derart komplexes Fachwissen aufzubauen, um sich vertieft mit der Thematik auseinandersetzen zu können, ist kaum möglich. Ausserdem wird hier das Pferd am Schwanz aufgezäumt. Denn noch bevor der Standort des Tiefenlagers bekannt und sein Zugang geklärt ist, werden bereits die Standorte der Oberflächenanlagen geplant. Besonders stossend ist das Vorgehen im Klettgau. Alle vorgesehenen Oberflächenstandorte liegen über dem Grundwasserstrom. Die Nagra setzt sich darüber hinweg, den für viele Generationen wichtigen Grundwasservorkommen die nötige Priorität beizumessen und sie maximal zu schützen.

Das Wissensmonopol und die Abhängigkeit der Nagra von den AKW-Betreibern sind gefährlich. Ihre offensichtlichen Interessen an einer kostengünstigen Lösung bedeuten für die Bevölkerung ein Sicherheitsrisiko.

Nie darf ein Atommüll-Lager einer Region aufgezwungen werden ohne Zustimmung durch die betroffene Bevölkerung. Die SP verlangt deshalb mit Nachdruck die Rückkehr zur Demokratie bei der Atommüllentsorgung.

2.10.2012 SP Kanton Schaffhausen